

Der „Stempel-Bericht“ Als Generalsekretär der LDP in Hohenschönhausen und Workuta. Eine Dokumentation

Peter Erler

Günter Stempel gehört zu den vergessenen Personen der Zeitgeschichte. Im Diskurs um die Aufarbeitung der DDR-Geschichte hat der ehemalige Generalsekretär der LDP nur minimale Spuren hinterlassen.¹ Dabei steht er beispielhaft für die vielen bürgerlichen Politiker, die zunächst in die Sowjetisierung der ostdeutschen Besatzungszone eingebunden waren, diesen Prozess aus unterschiedlichen Gründen mehr oder weniger unterstützten und dann dennoch als Störfaktor bei der Etablierung der SED-Herrschaft in den 1940/50er Jahren durch die sowjetische Geheimpolizei und das MfS aus dem Weg geräumt worden sind. Nach seiner Haftentlassung und Flucht in den Westen hinterließ er einen bemerkenswerten, wenn auch durch seine spezifische subjektive Inhärenz streckenweise ambivalenten Erinnerungsbericht, der hier im folgenden Abdruck erstmals veröffentlicht wird.

Zur Welt kam Günter Stempel als Sohn eines Arztes am 17. November 1908 in Breslau. Nach einem Jurastudium in seiner Geburtsstadt und in Halle an der Saale, welches er aus politischen Gründen nur mit einem Referendarexamen abschließen konnte, arbeitete er bis Oktober 1939 in einer Berliner Anwaltskanzlei. Dem NS-Regime stand er ablehnend gegenüber. Um dem Kriegseinsatz bei der Wehrmacht zu entgehen, betätigte sich Stempel in der ersten Hälfte der 1940er Jahre als Syndikus in einem schlesischen Steinkohlebetrieb.

Am 16. Juli 1945 trat er in Berlin der neugegründeten Liberaldemokratischen Partei bei und übernahm dort noch im gleichen Jahr zentrale Leitungsfunktionen. Als zweiter bzw. stellvertretender Geschäftsführer mit den Tätigkeitsschwerpunkten Organisations- und Personalfragen und ab Juni 1949 als Generalsekretär der Partei, trug er weitestgehend die Blockpolitik sowie die gleichfalls von der SED gesteuerte und auf ein Gesamtdeutschland ausgerichtete Volkskongressbewegung mit. Als Vertreter der LDP in der Westkommission des Deutschen Volksrates unternahm Stempel mehrere Reisen nach Westdeutschland, wo er verschiedene Gespräche führte.² In den Augen vieler kritischer Liberaldemokraten galt er als ein hervorstechender Befürworter der SMAD-Aktivitäten zur gesellschaftlichen Transformation in Ostdeutschland. Nach eigenen Angaben musste er in diesem Zusammenhang ausführliche Berichte für die sowjetische Besatzungsmacht in Berlin-Karlshorst schreiben.³ Andererseits pflegte Stempel klandestine Beziehungen zu alliierten Besatzungsoffizieren in Berlin-West, wo er auch nach der

1 Z. B.: Jan von Flocken: So machte man einen Liberalen zum „Kriegsverbrecher“. Die sechs tragischen Jahre des Günter Stempel, in: „Der Morgen“ vom 20./21. Januar 1990; Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoß/Dieter Hoffmann et. al. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Unter Mitarbeit von Olaf W. Reimann, Berlin 2000, S. 1272; Siegfried Suckut: Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952, Bonn 2000, S. 94/95; Johannes Tuchel: Günter Stempel, in: Karl-Wilhelm Fricke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder, München 2002, S. 61–65.

2 Einer der prominentesten Kontaktpartner war der ehemalige Spitzendiplomat und Botschafter in Moskau Rudolf Nadolny, der sich mit dem CDU-Politiker Andreas Herms im „Godesberger Kreis“ gegen eine einseitige Westorientierung der Bundesrepublik engagierte. Bericht vom 22. August 1950, BStU, MfS, ZA 63/52, Bd. 1, Bl. 65.

3 Bericht vom 22. August 1950, BStU, MfS, ZA 63/52, Bd. 1, Bl. 65. Langjähriger Adressat der Berichte dürfte der Referent für die LDP in der Abteilung Arbeit mit den Parteien der Verwaltung Propaganda bzw. Information der SMAD Major Ja. M. Golowtschiner gewesen sein.

Spaltung des Landesverbandes 1948 seinen Wohnsitz hatte, und unterhielt neben den offiziellen ebenfalls inoffizielle Gesprächskontakte mit unterschiedlichen Partnern in Westdeutschland. Mit Hilfe der britischen Militärregierung ermöglichte er bis 1947 LDP-Mitgliedern und anderen Personen die Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone.⁴

Nach der Gründung der DDR wurde Stempel, der sich selbst als einen der „wenigen Funktionäre[n] der LDP“ sah, „die bis zum letzten die Stellung zu halten versuchten“⁵, von der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) und der SED als einflussreicher Gegner des im Sommer 1950 in Vorbereitung befindlichen Wahlgesetzes eingeschätzt. Unter Missachtung seiner Immunität als Abgeordneter der provisorischen Volkskammer verhaftete das MfS den bürgerlichen Politiker schließlich am 8. August des gleichen Jahres.⁶ Unterstellt wurden ihm verräterische Kontakte zu westlichen Besatzungsangehörigen und Politikern. Nach wenigen Wochen übernahmen Offiziere des sowjetischen Staatssicherheitsministeriums (MGB) Stempel und verhörten ihn weit über ein Jahr lang in ihren Ost-Berliner Kellergefängnissen in Hohenschönhausen und Karlshorst. Nach den späteren Angaben eines Leidensgefährten bezichtigte der MGB Stempel einer „organisatorischen und geistigen Führer der bürgerlichen [DDR-]Opposition“ gewesen zu sein.⁷ Im Resultat des „Untersuchungsverfahrens“ verurteilte ihn Anfang 1952 das Militärtribunal der Inneren Truppen in Deutschland auf Grundlage der erpressten Geständnisse zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Bis auf eine mehrmonatige Haftunterbrechung beim DDR-Staatssicherheitsdienst (SSD) in Berlin musste er einen Teil der auferlegten Strafzeit in Workuta und anderen sowjetischen Straflagern verbringen.

Im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer in Moskau wurde Stempel schließlich im Dezember 1955 dem Innenministerium der DDR übergeben und am 28. April 1956 aus dem „Gelben Elend“ in Bautzen entlassen. Nach seiner Freilassung flüchtete der ehemalige Jurist und Politiker kurz darauf, Anfang Mai, nach West-Berlin.⁸ Dort stieß er wegen seiner Rolle als ehemaliger LDP-Spitzenfunktionär auf großes Misstrauen und wurde auf Betreiben des FDP-Ostbüros als „Träger und Förderer des Sowjetsystems“⁹ nicht als politischer Häftling anerkannt. 1958 trat der von der FDP bitter enttäuschte Stempel in die CDU ein und arbeitete bei einer Senatsverwaltung.¹⁰ Er starb am 22. Oktober 1981 in der Stadt Celle.

Zum Entstehungskontext des vierzehneitigen „Stempel-Berichts“ liegen keine weiteren Angaben vor. Aus dem Inhalt ist ersichtlich, dass das Typoskript ohne Titel und Datierung nach 1957 zielgerichtet mit einer konkreten Schwerpunktsetzung verfasst wurde. Darin beschreibt Stempel u. a. die Situation, in der sich die LDP 1950 befand, den Ab-

4 Zu den Personen, die durch Stempels Vermittlung in den Westen gelangten, gehörte 1947 auch der Generalsekretär des Landesverbandes Thüringen der LDP Dr. Heinz Büchenschütz und der leitende Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums in der Landesregierung des Sachsen-Anhalt Oberregierungsrat Dr. Heinrich Wilke. BStU, MfS Allg. P 11395/56, Bl. 19; <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/einfueh.php?bestand=10383>.

5 Schreiben vom 5. September 1957, Archiv des Liberalismus (AdL), Bestand FDP-Ostbüro, A 45-1249, Bl. 3.

6 Am gleichen Tag nahm das MfS auch Stempels Ehefrau Christine, Mitarbeiterin im Zentralvorstand des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, sowie seinen Fahrer und seine Sekretärin Helga Maibaum fest. Schreie in der Taubenstraße. LDP-Sekretär samt Frau und Schwiegermutter verhaftet, in: „Hamburger Abendblatt“ vom 9. August 1950. Hinsichtlich der Schwiegermutter irrt sich die Berliner Redaktion der Zeitung. Anna Woditsch wurde vom MfS nicht in Gewahrsam genommen.

7 Erklärung Bernhard von Mutius vom 31. Juli 1956, AdL, Bestand FDP-Ostbüro, A 45-1249, Bl. 17.

8 AdL, Bestand FDP-Ostbüro, A 45-1249, Bl. 55.

9 Entwurf vom 17. Juni 1957, AdL, Bestand FDP-Ostbüro, A 45-1249, Bl. 10.

10 Schreiben vom 16. Oktober 1958, AdL, Bestand FDP-Ostbüro, A 45-1249, Bl. 1.

lauf seiner Verhaftung, die Vernehmungspraxis beim MfS und beim MGB sowie insbesondere seine verhängnisvolle Verwicklung in den Geheimprozess gegen seinen ehemaligen Parteivorsitzenden Karl Hamann.¹¹ Dagegen klammert er die Arbeits- und Haftbedingungen in Workuta, in den anderen GULAG-Orten und im Zuchthaus Bautzen bewusst aus seiner Darstellung aus. Gleichfalls berichtet er nicht darüber, wie er sich vom MGB nötigen ließ, als Kammeragent zu agieren und über seine freizügigen Gespräche mit dem MfS im „Gelben Elend“.¹² Einen stark verfälschenden Eindruck vermittelt Stempel bezüglich des erwähnten Gesprächs mit Thomas Dehler am 18. Oktober 1956. Sein Angebot, mit seinem Hintergrundwissen bei Bemühungen um eine Haftentlassung Karl Hamanns behilflich sein zu wollen, diente Stempel hauptsächlich als Vorwand für eine Kontaktaufnahme mit dem damaligen Vorsitzenden der FDP. Wie sein Schriftverkehr belegt, ging es dem Ex-Generalsekretär dabei in erster Linie um die ihm von der Abteilung Sozialwesen des Bezirksamtes Berlin-Steglitz verweigerten Entschädigungs- und Unterstützungsleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz.¹³

Stempel hat in der Folgezeit seinen Text an Haftkameraden und an weitere von Repressalien betroffene Parteikollegen weitergereicht.¹⁴ Danach zirkulierten Kopien des Manuskripts auch unter anderen ehemaligen deutschen GULAG-Gefangenen und Historikern.¹⁵ Der Autor dieser Zeilen erhielt eine Abschrift Anfang der 1990er Jahre auf einem Diskussionsforum über die beginnende Geschichtsaufarbeitung in Ostdeutschland überreicht.

Das Originaltyposkript wird hier sprachlich, grammatikalisch und orthografisch sowie in seiner Anlage und Form unverändert wiedergegeben. Lediglich offensichtliche Tippfehler wurden stillschweigend korrigiert.

Der „Stempel-Bericht“

„Am 8. August 1950, als ich morgens vor dem Gebäude der Liberal-Demokratischen Partei in Berlin, Taubenstraße¹⁶, in meinem Dienstwagen eintraf und das Gebäude betreten wollte, hielt ein mir unbekannter Zivilist¹⁷ die Tür meines Wagens fest, fragte mich nach meinem Namen und ersuchte mich, im Wagen sitzen zu bleiben, da man mich zu einer dringenden Besprechung brauche. In der Zwischenzeit hatte sich an meiner linken Seite im Wagen ein dem Äußeren nach zu urteilen russischer Sicherheitsmann niedergelassen. Der andere Sicherheitsbeamte, der mich angesprochen hatte, setzte sich

11 Siehe ausführlich: Ilko-Sascha Kowalczyk: Opfer der eigenen Politik? Zu den Hintergründen der Verurteilung von Minister Karl Hamann (LDPD), in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, Bd. 16/2004, S. 221–271.

12 Stempel lieferte im Oktober 1951 im Gefängnis Berlin-Karlshorst seinen Vernehmer belastende Informationen über einen Mithäftling. Darüber berichtete er Anfang 1956 in Bautzen dem MfS. BStU, MfS Allg. P 11395/56.

13 Brief von G. Stempel vom 28. August und vom 8. Oktober 1956 an Thomas Dehler, AdL, Bestand Thomas Dehler, N1-1584, Bl. 140–43. Brief von Stempel vom 11. April 1957, AdL, Bestand FDP-Ostbüro, A 45-1249, Bl. 26.

14 Im Zeitzeugenarchiv der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (ZZA) befindet sich z. B. ein Exemplar im Nachlass von Hermann Becker. Becker war vor seiner Verhaftung durch den MGB 1948 stellvertretender Landesvorsitzender der LDP Thüringen. ZZA, Vorgang Becker, Bd. 3.

15 So stützt sich J. Tuchels biografische Skizze fast ausschließlich auf den „Stempel-Bericht“. Tuchel: Günter Stempel.

16 Der Vorstand der LDP hatte seinen Sitz in der Taubenstraße 48–49. Im gleichen Haus war auch der parteieigene Verlag „Der Morgen“ untergebracht. Von 1971 bis 1991 trug die Straße den Namen des LDPD-Funktionärs Johannes Dieckmann.

17 Bei dem „Zivilisten“ handelte es sich um den Leiter der MfS-Abteilung VIII (Observation/Festnahme) Rudolf Gutsche. Bericht vom 8. August 1950, BStU, MfS ZA 63/52, Bd. 1, Bl. 5.

neben meinen Fahrer.¹⁸ Dieser zögerte zunächst, folgte aber danach meiner Aufforderung zu fahren, und wir fuhren die Taubenstraße hinunter, hinein in die Friedrichstraße, zurück durch die Jägerstraße bis zur Mauerstraße. Dort hielt der Wagen, mein Fahrer mußte aussteigen, und es erschien eine dritte Person, die sich ans Steuer setzte und den Wagen in Richtung Unter den Linden/Wilhelmstraße fuhr. Wir landeten in der Schumannstraße vor einem mit einer Mauer umgebenen Haus, von dem man unschwer erkennen konnte, daß es sich um ein Gefängnis handelt.¹⁹ Es war das Ostberliner Untersuchungsgefängnis des gerade erst einige Monate zuvor gegründeten Staatssicherheitsdienstes der ‚DDR‘.²⁰

Hier wurde mir eröffnet, daß ich einstweilen festgenommen sei, ich wurde ‚zellenfertig‘ gemacht, das heißt, mir wurden sämtliche Gegenstände wie Brieftasche, Wertgegenstände, Schnürsenkel, Hosenriemen usw. abgenommen, und ich wurde in eine Zelle geführt, die übrigens noch ganz neu war.

Es war mir damals keineswegs bewußt, aus welchen Gründen meine Verhaftung erfolgt sein konnte. Selbstverständlich hatte ich als ‚bürgerlicher‘ Politiker in der Zone immer etwas zu befürchten. Ich darf hier einschieben, daß ich zum Zeitpunkt meiner Verhaftung Generalsekretär der Liberal-Demokratischen Partei war. Der LDP war ich bereits im Juli 1945 unmittelbar nach ihrer Gründung beigetreten. Mir oblag anfänglich zunächst der organisatorische Aufbau der Partei, später wurde ich auch stärker in die eigentliche politische Arbeit einbezogen. Da unsere Arbeit in erster Linie darauf eingestellt war, das bürgerliche Element innerhalb des sowjetischen Einflußgebietes zu sammeln und aufrechtzuerhalten – wie es unserer politischen Vergangenheit, unserer Überzeugung und unserer Herkunft entsprach –, hatten wir stets mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen. Vielleicht sollte ich hier die Situation, die sich damals ergab, mit Worten unseres damaligen Parteivorsitzenden Dr. Wilhelm Külz²¹ wiedergeben, der im Oktober 1945 anlässlich einer parteiinternen Konferenz in etwa sagte: ‚Die Sowjets werden alles tun, um Deutschland unter ihrem Einfluß zu bekommen. Soweit ihnen das nicht gelingt, werden sie die ihren Einfluß ausgelieferte Besatzungszone zu sowjetisieren versuchen. Hierbei werden wir ihnen ein Hindernis sein, weshalb man sich bemühen wird, uns so weit wie möglich unschädlich zu machen. In dieser Lage sind die westlichen Alliierten hier unsere natürlichen Verbündeten im Kampf um die Erhaltung einer rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung.‘

Die weitere politische Entwicklung in der Sowjetzone zeigte hernach, daß die Tendenz ganz eindeutig in diesem Sinne verlief. Sei es die Bodenreform, die man ja nicht von Berlin aus steuerte, sondern bewußt von der Provinz aus, um uns in Berlin damit vor ein *fait accompli*²² zu stellen, sei es, daß man der Liberal-Demokratischen Partei kurz vor Erscheinen unserer Zeitung den ursprünglich in Aussicht genommenen Namen ‚Neues Deutschland‘ verbot und uns innerhalb von vierundzwanzig Stunden zwang, auf den Ausweichnamen ‚Der Morgen‘ überzugehen – im April 1946, als die SED gegründet

18 Das MGB war an der Verhaftung nicht beteiligt. Die erwähnten „Sicherheitsmänner“ waren gleichfalls Mitarbeiter der Stasi-Abteilung VIII. Ebd.

19 Nach Angaben des Verhaftungskommandos des MfS wurde Stempel zunächst in das Polizeigeängnis in der Dirksenstraße in Berlin-Mitte gebracht. Ebd.

20 Das erste zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS befand sich in der Albrechtstraße 26. Siehe: Peter Erler: Vom MGB zum MfS/SfS. Die Übernahme sowjetischer Haftorte und die Entwicklung des Gefängniswesens der DDR-Staatssicherheit in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in Ost-Berlin. Eine chronologische Übersicht, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (ZdF), Ausgabe Nr. 33/2013, S. 40 ff.

21 Wilhelm Külz war vom 20. November 1945 bis zu seinem Tod am 10. Oktober 1948 Vorsitzender der LDP. Er galt als aktiver Befürworter der Blockpolitik.

22 Vollendete Tatsachen.

wurde und ihr neues Organ ‚Neues Deutschland‘ hieß, war uns klar, warum man uns diesen Titel untersagt hatte ... Dies und eine Fülle anderer Ereignisse also zeigten uns von Anfang an, daß die LDP wie die CDU mehr oder weniger nur das demokratische Feigenblatt vor der Blöße einer kommunistischen Vorherrschaft sein sollten. Daß sich hiergegen immer stärkere Widerstände sowohl in der Parteiführung als auch in weiten Kreisen der Parteimitgliedschaft und der Bevölkerung erhoben, war ganz natürlich, ebenso natürlich war allerdings auch, daß die Parteiführung durch loyale Zusammenarbeit mit der sowjetischen Militärverwaltung zu einem vernünftigen Kompromiß zu kommen versuchte. Es geschah häufig, daß trotzdem uns in Berlin-Karlshorst, dem Sitz der sowjetischen Militäradministration, auf unsere Beschwerden hin zugesichert wurde, diese oder jene undemokratische Maßnahme werde revidiert, diese aber dennoch in der Zone als angeblicher Wille der Bevölkerung durchgeführt wurde, und zwar so weit durchgeführt, daß wir – wenn wir in Berlin erneut Beschwerde führten und Abhilfe forderten – rundheraus erklärt bekamen, daß in einem demokratischen Gemeinwesen keine Möglichkeit bestände, den Willen der Bevölkerung von oben zu verfälschen ...

Ich hatte, wie gesagt, 1948 das Amt des Generalsekretärs der LDP übernommen, nachdem ich bereits seit 1945 als Sekretär für Organisationsfragen tätig war. Nachdem ich allmählich der ‚Dienstälteste‘ im Hause geworden war, ergab sich auch, daß mir mehr und mehr auch parteipolitische Aufgaben übertragen wurden – und die umsomehr, als nach der Gründung der sogenannten DDR und der Bildung der Regierung die beiden Parteivorsitzenden Dr. Karl Hamann und Prof. Hermann Kastner mit Regierungssäckern beauftragt wurden²³ und sich daher wenig um die Arbeit in der Partei kümmern konnten. Außerdem gehörte ich infolge meiner Mitgliedschaft zum früheren ‚Volksrat‘²⁴ auch der ‚Provisorischen Volkskammer‘²⁵ als Abgeordneter an. In dieser Eigenschaft genoß ich zwar parlamentarische Immunität, aber bei meiner Verhaftung wurde das überhaupt nicht berücksichtigt. Auf meine entsprechenden Hinweise wurde mir von den Sicherheitsorganen der ‚DDR‘ erklärt: ‚Wenn wir uns nach der Verfassung richten würden, dann könnten wir keinen Verbrecher wie Sie fangen.‘

Die Gründe meiner Verhaftung kann ich nur vermuten. Tatsache war, daß ich seit 1945 engeren Kontakt zu einer westlichen Besatzungsmacht²⁶ unterhalten hatte, der später in Spionage umgedeutet wurde, obwohl er damit im strafrechtlichen Sinne natürlich nicht das Geringste zu tun hatte. Wir hielten es lediglich für unsere Pflicht, eine der westlichen Besatzungsmächte über das zu unterrichten, was in der Zone geschah und was im Widerspruch stand zu Beschlüssen des Alliierten Kontrollrats oder überhaupt zum Potsdamer Abkommen. Da damals in Deutschland keine Regierung bestand, erblickten wir in den westlichen Alliierten gleichsam unsere Interessenvertreter, und um ihnen die nötigen Unterlagen für die Auseinandersetzungen mit den Sowjets im Kontrollrat zu geben, haben wir sie informiert. Das war meine sogenannte Spionagetätigkeit, die übrigens völlig mit Wissen meiner politischen Freunde ausgeübt wurde.

Der zweite Grund für meine Festnahme bestand in dem, was mir in meiner ersten Vernehmung beim Staatssicherheitsdienst als Mitschuld an der ‚Provokation‘ Professor

23 Hamann war Minister für Handel und Versorgung und Kastner stellvertretender Ministerpräsident der DDR.

24 Der 1. Deutsche Volksrat wurde im März 1948 gebildet. https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Volksrat.

25 Am Tag der DDR-Gründung am 7. Oktober 1949 bildete sich der 2. Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer um.

26 Gemeint ist die britische Militärregierung. Weiterhin unterhielt Stempel Kontakt zum Chefredakteur der ‚Neuen Zeitung‘ und zu anderen amerikanischen Besatzungsangehörigen sowie zu einem französischen Offizier in West-Berlin, was dem MfS durch einen Zuträger bekannt war. BStU, MfS ZA 63/52, Bd. 2, Bl. 34, 37.

Kastners vorgehalten wurde. Wir hatten Professor Kastner bekanntlich am 20. Juli 1950 wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausschließen müssen, womit auch seine Position als damaliger stellvertretender Ministerpräsident in der Zone unhaltbar geworden war. Aus der Parteiangelegenheit war damit eine Staatsaffäre geworden, und dies umso mehr, als die Sowjets zwar dem Ausschluß selbst zugestimmt, aber uns auferlegt hatten, hierüber absolutes Stillschweigen zu bewahren. Durch eine Indiskretion – vermutlich meiner Sekretärin – konnte, jedoch zwei Tage nach dem Beschluß die Westberliner Abendzeitung ‚Der Kurier‘ über den Sturz Kastners berichten, und am nächsten Tag gab die gesamte Westpresse ausführliche Berichte hierüber, wobei mein Name immer wieder genannt und meine wesentliche Beteiligung an den Parteiausschluß Kastners hervorgerufen wurde.²⁷

Zu diesem ‚Verbrechen‘ kam noch ein sehr wichtiger Haftanlaß hinzu: Wenige Tage vor meiner Verhaftung war eine zentrale Blocksitzung aller Parteien in Ostberlin einberufen worden, die unter Leitung von Wilhelm Pieck im Haus der ‚Nationalen Front‘ am früheren Wilhelmplatz stattfand. Als Vertreter der SMAD war Oberst Nasarow²⁸ anwesend. In dieser Sitzung wurde das Wahlgesetz ‚beraten‘, nach dem die Volkskammer-Wahlen im Oktober 1950 durchgeführt werden sollten. Uns wurde ein hektographierter Gesetzentwurf ausgehändigt, und zu meinem Erstaunen merkte ich sehr bald, daß darin unter anderen Mängeln weder von Wahlkabinen noch von Stimmzettelumschlägen etwas erwähnt worden war, daß also der geheime Charakter der Wahlen nicht mehr gewährleistet war. Ich informierte den damaligen Parteivorsitzenden Dr. Hamann, daß man diesem Gesetz unter keinen Umständen zustimmen könne. Vollends ließ hernach Pieck die Katze aus dem Sack, als er aus seiner Brieftasche jenen ominösen Wahlzettel hervorholte, auf dem lediglich eine Stimmabgabe für eine Einheitsliste der Kandidaten der ‚Nationalen Front‘ vorgesehen war. Bis dahin hatte man uns immer in dem Glauben belassen, daß über die Wahlvorschläge mit Ja oder Nein abgestimmt werden soll. Daher hatten wir auch der Einheitsliste an sich zugestimmt, denn wir rechneten mit Sicherheit darauf, daß die Mehrheit der Bevölkerung mit Nein stimmen würde.²⁹ Nun also stellte sich heraus, daß man uns überfahren wollte. Mein Widerstand hiergegen war einer der wesentlichen Gründe meiner Verhaftung. Der Gesetzentwurf sollte nämlich am Tag nach meiner Festnahme, also am 9. August 1950, in der Volkskammer beraten und beschlossen werden. Für den 8. August um 10 Uhr war der Zentralvorstand der LDP einberufen worden, um über den Gesetzentwurf zu beraten, und nachmittags sollte die Volkskammerfraktion der LDP dazu Stellung nehmen. Am Abend des 7. August erschienen bei mir der sächsische Sekretär unserer Partei, unser thüringischer Sekretär und ein Mitglied der Landesleitung Halle. Es wurde mir mitgeteilt, daß in der Sitzung am 8. August Widerstand zu erwarten sei, da eine Reihe von Abgeordneten dieser drei Länder unter keinen Umständen dem Wahlgesetz in der vorgelegten Fassung zustimmen würde.

27 In der Vernehmung am 10. August 1952 erklärte Stempel, dass er in erster Linie aus „persönlichen Gründen“ ein Gegner Kastners sei, der ihn „des öfteren erniedrigend behandelt hatte, des weiteren bezichtigte er Kastner wegen seiner unklaren Haltung zur Nationalen Front und schlechte Haltung gegenüber der SED.“ BStU, MfS ZA 63/52, Bd. 1, Bl. 32. Dass Kastner ein Informant der Organisation Gehlen war, ahnten zu dieser Zeit weder das MfS noch Günter Stempel. Ronny Heidenreich: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau, Berlin 2019, S. 548.

28 Oberstleutnant Prokofi F. Nasarow, geboren 1903, war vor dem Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin. Von 1946 bis 1949 leitete er die Abteilung Arbeit mit den Parteien in der Verwaltung Propaganda bzw. Information der SMAD. Siehe z. B.: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Normann M. Naimark (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung der SMAD unter Sergej Tjulpanov, Bonn 1998.

29 Einer einheitlichen Wahlliste hatten die Parteispitzen von CDU und LDPD bereits im Frühjahr 1950 zugestimmt. Zur Rolle der Blockparteien beim Zustandekommen der Volkskammerwahlen im Oktober 1950 siehe z. B.: Suckut: Parteien in der SBZ/DDR, S. 91 ff.

Wir hätten also zu überlegen, in welcher Form wir gegen dieses Gesetz Stellung nehmen könnten. Ich wurde nach meiner eigenen Haltung befragt – und ich machte keinen Hehl daraus, daß ich geradezu entsetzt sei über das, was die SED uns hier zumutete, und daß ich der Meinung sei, die bürgerliche Bevölkerung könne den Entwurf unmöglich akzeptieren. Ich bin heute der Überzeugung, daß einer der Wortführer, die mich damals aufsuchten, und zwar der sächsische Sekretär Herbert Täschner³⁰, der später auch mein Nachfolger wurde, derjenige gewesen ist, der noch in den Abendstunden des gleichen Tages zu unseren damaligen Verbindungsoffizier zur SMAD³¹, Oberstleutnant Ziora³², fuhr, um mich dort zu denunzieren und durch meine Verhaftung den am 8. August zu erwartenden Widerstand im Parteivorstand und in der Fraktion zu brechen. Und dieser Erfolg ist dann auch, wie man mir später berichtete, genau eingetroffen. Meine Verhaftung löste in den beiden Sitzungen eine solche Panikstimmung aus, daß der Gesetzentwurf ohne Diskussion in kürzester Zeit widerspruchslos angenommen wurde.³³

In der Nacht vom 8. zum 9. August 1950 begannen meine Vernehmungen, wie sich überhaupt die Untersuchung meines ‚Falles‘ im Wesentlichen zur Nachtzeit abspielte. Mein erster ‚Untersuchungsrichter‘ vom Staatssicherheitsdienst war ein ausgesprochen primitiver Typ. Er fragte mich, ob ich wüßte, warum ich verhaftet sei, was ich verneinte, woraufhin er dazu überging, mich über Bekannte von mir zu befragen – sowie über die Affäre Kastner; ich schilderte ihm diese Vorgänge, ohne daß sich jedoch ein konkretes Ergebnis ergab. Die Vernehmung drehte sich im Kreis, der Untersuchungsführer verriet mir, daß er Arbeiter sei und nicht die geringste Ahnung von der Durchführung eines sinnvollen Untersuchungsverfahrens habe. Am Abend des zweiten Hafttages, als ich wieder zum Verhör geführt wurde, erschien ein sowjetischer Offizier. Er trug Zivilkleidung und sprach ausgezeichnet Deutsch. Er nahm an den Verhören teil, schaltete sich ein, und brachte zugleich einen derart rüden Ton in die Untersuchung, daß ich nunmehr davon überzeugt war, daß man böse Dinge gegen mich im Schilde führte. Dieser sowjetische Offizier blieb auch in fast allen späteren Vernehmungen zugegen, er übernahm zum Teil selbst die Vernehmung, beschimpfte mich, ohne jedoch physisch zu mißhandeln. Mir wurde jedoch niemals gesagt, aus welchem Grunde ich verhaftet sei oder welche Straftatbestände mir vorgeworfen würden. Ein Haftbefehl ist mir zu keiner Zeit vorgelegt worden.

Nach einiger Zeit wechselte der ‚Untersuchungsrichter‘, doch blieb es weiterhin ein Offizier des SSD, während die Vernehmungen im Wesentlichen von dem sowjetischen Offizier gesteuert und kontrolliert wurden. Mir wurde schließlich ‚angeraten‘, zu überlegen, ob ich ein ‚Geständnis‘ ablegen wolle oder nicht, da man mir sonst ‚Luftveränderung‘ verordnen würde. Ich erklärte kategorisch, daß ich nichts zu gestehen hätte, blieb danach drei Tage ohne Vernehmung – und wurde dann am Abend des 20. September 1950 in einer schwarzen Limousine von sowjetischen Offizieren abgeholt und in das sowjetische Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen überführt. Hier wurde mein Fall zunächst von dem Chef der Untersuchung, Oberst Danielow³⁴, und

30 Herbert Täschner (1916–1984) war bis 1954 Generalsekretär der LDPD, danach leitete er verschiedene DDR-Verlage.

31 Hier verwechselt Stempel die 1949 aufgelöste SMAD mit der SKK.

32 Oberstleutnant Ziora oder Ziora. Weitere Daten konnte nicht ermittelt werden.

33 Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik am 15. Oktober 1950 vom 9. August 1950.

34 Oberst Aleksandr P. Danilow war bis von April 1949 bis April 1950 Leiter der Abteilung „OS“ (Untersuchung) des Operativen Sektors Berlin des MGB.

einem Major Philippow³⁵, bearbeitet. Es begann eine Serie von Verhören. Man versuchte immer wieder, mich zu einem Geständnis zu bewegen – aber ich konnte und wollte nichts aussagen, ohne zu wissen, was man von mir wollte. Geschlagen wurde ich bei den Verhören nicht direkt, aber in Tag- und Nachtverhören versuchte man, mich ‚weich zu machen‘, wobei man mir allerdings auch ein paar Mal Schläge mit einem Lineal verabreichte oder mit einem Löscher nach mir warf. Die Vernehmungsoffiziere wechselten häufig, zeitweilig blieb ich auch wieder ohne Vernehmung – und schließlich kam ich nach Wochen der Einzelhaft zu anderen Häftlingen in eine Gemeinschaftszelle. Unter ihnen war zweifellos einer, der ‚angespitzt‘ war, uns alle zu bespitzeln.

Ende November 1950 war in meinem Fall ein Stadium erreicht, in dem ‚härtere Mittel‘, vor allem Karzer, zu befürchten waren.³⁶ Da mir berichtet wurde, daß man unter Karzeinfluß Aussagen macht, die man kaum mehr unter Kontrolle hat, und da ich unbedingt vermeiden mußte, jemanden zu gefährden, überlegte ich einen Ausweg nach einem glaubhaften ‚Geständnis‘, das auf der einen Seite mir den Weg aus dem Keller ins Lager öffnete – denn daß mir dieser Weg bevorstand, war kaum noch zweifelhaft –, und andererseits die Sowjets befriedigte, ohne andere Personen zu belasten. Die Schwierigkeit bestand für mich darin, daß man es bewußt unterließ, mir zu sagen, weshalb ich verhaftet sei. Mir wurde nur immer wieder vorgehalten, daß ich ‚gestehen‘ solle, was ich getan hätte – während ich nicht wußte, was ich ‚getan‘ haben sollte! Wenn ich dies in den Vernehmungen einwandte, wurde mir gesagt, ich brauchte nur die ‚Wahrheit‘ zu sagen. Niemand werde von den sowjetischen Sicherheitsorganen ohne Grund verhaftet. Wer verhaftet wird, ist auf jeden Fall schuldig. Also sei auch ich ‚schuldig‘, doch läge es bei mir, den Grad meiner Anständigkeit zu zeigen und zu demonstrieren, wie weit ich mich durch die Untersuchungshaft schon ‚gebessert‘ hätte, und zwar dadurch, daß ich die ‚Wahrheit‘ sagte. Ein ‚Geständnis‘ sei der erste Schritt, daß ich wieder ein Mensch würde, bislang aber sei ich nichts als ein ‚Schwein‘ und ein ‚Topf‘, gefüllt mit Scheiße ... Der Leitspruch Danielows hieß: ‚Aus meinem Haus gehen nur Spione hinaus ...!‘³⁷

Anfang Dezember 1950 entschloß ich mich, ein sogenanntes Geständnis abzulegen, wie ich auch in der Zelle verlauten ließ, um zu prüfen, ob der Zellengenosse – den ich als Spitzel in Verdacht hatte – auch richtig ‚spurt‘, also meine gewandelte Einstellung meldet. Und tatsächlich kam ich nach einigen Tagen zu einem neuen Vernehmungsoffizier – dem gleichen meines Zellengenossen –, einen Major Gorkin³⁸, der sich sehr wohlwollend gab und mir zunächst einmal eine Reihe englischer und amerikanischer Namen vorhielt, die mir unbekannt waren. Sonst blieb diese Vernehmung erfolglos. Einige weitere Tage danach erklärte ich in meiner Zelle, daß ich das Leben im Keller satt hätte und nunmehr aussagen werde ...³⁹ Nachdem der besagte Zellengenosse frühmorgens zur Vernehmung geholt worden war und so Gelegenheit erhalten hatte, meine Haltung zu signalisieren, wurde ich auch abends prompt zur Vernehmung gebracht. Als ich den Raum betreten hatte, erklärte ich, ein Geständnis ablegen zu wollen – woraufhin mir der

35 Leutnant Dmitri A. Filippow agierte zu dieser Zeit als Referatsleiter der Abteilung „OS“ (Untersuchung) im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland.

36 Im „U-Boot“ existierten während der sowjetischen Haftphase bis März 1951 zwei Arrest- bzw. Karzerzellen mit jeweils 1,40 Quadratmetern Grundfläche.

37 Ende November 1950 war Oberst Danilow schon über ein halbes Jahr nicht mehr im Gefängnis tätig. Siehe Fußnote 24.

38 Oberleutnant bzw. Hauptmann Wasili M. Gorkin war Unterabteilungsleiter in der Untersuchungsabteilung „OS“ im Apparat des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland, zunächst im Gefängnis Hohenschönhausen und ab März 1951 in Berlin-Karlshorst. U. a. war er auch Vernehmer von Erwin Jörris und des hingerichteten Helmut Sonnenschein.

39 Leerzeichen im Original.

Major vorhielt, daß ich nur die Wahrheit sagen solle. Ein fingiertes Geständnis hätte keinen Zweck.

Ich ‚gestand‘ daraufhin, ein Gegner des Marxismus-Leninismus zu sein, führte dies auf meine bürgerliche Herkunft und meine ‚reaktionäre‘ Erziehung als Corpsstudent zurück – womit mein Geständnis eine nach sowjetischen Vorstellungen hieb- und stichfeste, einleuchtende und glaubwürdige Grundlage erhalten hatte. Damit war der erste Schritt getan, ich konnte danach einige meiner Westkontakte zugeben, die ja ohnehin gegenstandslos geworden waren und auch niemanden mehr gefährdeten, da ich annehmen mußte, daß die Betreffenden jetzt über meine Verhaftung längst informiert waren. Das Verfahren lief damit regelrecht an, es wurden endlos lange Protokolle meiner Aussagen in über zweihundert Tag- und Nachtvernehmungen gefertigt, lauter sorgfältig gemischte ‚Geständnisse‘ aus Dichtung und Wahrheit. An meiner Gegnerschaft zur Sowjetunion, meiner Spionage und Sabotage war danach ‚Kein Zweifel‘ mehr, ohne daß es noch irgendwelche Beweise dafür bedurft hätte.

Als ich mein erstes Geständnis in diesem Sinne abgelegt hatte, glaubte ich, reif für den Karzer zu sein. Mein Untersuchungsrichter verließ den Raum, ich erwartete, daß er Posten herbeirufen würde, um mich abholen zu lassen. Doch der Untersuchungsrichter erschien nach einer Weile mit einem großen Stullenpaket und einer Schachtel Zigaretten, die er vor mich hinlegte ...⁴⁰ Auf meinen erstaunten Blick bedeutete er mir, daß ich essen und rauchen solle, denn da ich jetzt meine Waffen gestreckt hätte, sei ich kein Feind der Sowjetunion mehr. Das Größte war damit überstanden. Es ergaben sich zwar wiederholt noch sehr unangenehme Situationen, in denen man versuchte, mich auszuquetschen, während ich natürlich in meiner Aussage immer nur bis zu einem bestimmten Punkt gehen konnte.

Es dauerte sehr lange, und zwar bis Januar 1952, ehe man davon überzeugt war, daß ich tatsächlich ‚alles‘ gestanden hatte. Inzwischen war ich am 6. März 1951 mit allen anderen Häftlingen zusammen von Berlin-Hohenschönhausen in das neue Untersuchungsgefängnis nach Berlin-Karlshorst, in das ehemalige St. Antonius-Krankenhaus überführt worden. Dort blieb ich und dort hatte ich auch am 7. Januar 1952 meinen Gerichtstermin. Zuvor wurde noch eine Gegenüberstellung mit meiner früheren Sekretärin⁴¹ arrangiert, die erstaunlicherweise die tollsten Dinge von mir behauptete – z. B., daß ich ihr laufend Berichte für den RIAS diktiert hätte und mit einem amerikanischen Offizier namens Brown ständig zusammengetroffen sei. Ich konnte diese wahrheitswidrigen, ohne Zweifel erpreßten Aussagen jedoch weitgehend entkräften.

Schon am 4. Januar war mir durch meinen Untersuchungsrichter mitgeteilt worden, daß ich nunmehr vor ein Militärtribunal gestellt würde. Es kam der ‚Prokuror‘, der Staatsanwalt – ein Offizier des Justizdienstes –, der den sogenannten Abschluß machte. Mir wurden dabei vom Untersuchungsrichter in Gegenwart des Prokurors noch einmal alle Protokolle vorgelegt. Häufig waren übrigens zur Hebung des Umfanges meiner ‚verbrecherischen Tätigkeit‘ mehrere Protokolle noch einmal zu einem einzigen vereint worden. Dann wurde mir auch noch Aussagen meiner früheren Sekretärin vorgelesen. Drei Tage später wie gesagt, am 7. Januar, wurde ich nachmittags gegen 14.00 Uhr in das Zimmer meines Untersuchungsrichters gebracht. Dort erwarteten mich ein Oberstleut-

40 Dito.

41 Die 1926 geborene Helga Maibaum wurde am 26. Mai 1951 von der Sonderberatung des MGB in Moskau wegen Spionage zu 15 Jahren „Besserungsarbeitslager“ verurteilt und am 15. Oktober 1955 aus der Haft entlassen. Rehabilitierungsbescheinigung der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation vom 14. August 1999.

nant namens Derewidenko, ein Major und ein Leutnant, als sogenanntes Militärtribunal⁴², dazu ein Dolmetscher und ein Protokollführer, jedoch kein Staatsanwalt und natürlich auch kein Verteidiger. Lediglich mein Untersuchungsrichter war noch anwesend. Der Vorsitzende hatte meine Akten vor sich, ich wurde gefragt, ob ich der und der sei, dann wurden willkürlich irgendwelche Seiten meiner Akten aufgeschlagen und die dort protokollierten Fragen an mich gerichtet, wie es sich gerade – ohne Zusammenhang – ergab. Es wurde allerdings keine einzige Frage an mich gerichtet, die nicht bereits in den Protokollen enthalten war. Nach zwei Stunden dieser ‚Verhandlung‘ wurde ich aus dem Raum geführt. Während der ‚Verhandlung‘ beobachtete ich, wie der Vorsitzende ein rosa Formular ausfüllte. Es war mein Urteil! Nach etwa einer Stunde wurde ich in den Raum zurückgebracht. Mir wurde verkündet, daß ich 25 Jahre Zwangsarbeit wegen Spionage erhalten hätte, ferner 10 Jahre wegen Sabotage, zusammengezogen auf insgesamt 25 Jahre.

Eine Woche später, am 14. Januar 1952, wurde ich nach Lichtenberg verladen, in das Gefängnis Magdalenenstraße⁴³, das damals als ‚Verteilungsstation‘ diente. Hier war ich bis zum 21. April 1952 und wurde dann in einem Transport nach Brest-Litowsk verbracht. Nach einer Woche ging es von hier per Gitterwagen nach Gomel, Moskau, Rosajweka⁴⁴ und schließlich in Güterwagen nach Workuta, wo wir am 4. Juni ankamen. Zunächst wurden wir im Schacht 1 in Quarantäne gelegt. Von da kam ich nach vierzehn Tagen auf Schacht 7.⁴⁵ Es ist hier nicht der Ort, über mein Leben als Häftling in Workuta zu berichten.

Folgende Episode sei hier indes noch geschildert: Im September 1953 wurde ich unerwartet zu einer Vernehmung zu dem politischen Offizier des Lagers befohlen. Ich ahnte nicht im Geringsten, um was es sich handeln könnte, und ging mit etwas gemischten Gefühlen hin. Ich fand einen jungen, ziemlich aufgeschlossenen Oberleutnant vor, sowie einen Dolmetscher. Der Vernehmer erkundigte sich zunächst wie üblich nach meinem Befinden, bis er mich fragte, ob mir Herr Dr. Karl Hamann bekannt sei. Ich bejahte dies und erklärte, das sei der Vorsitzende der LDPD in der DDR.

Als ich nach dem Namen Hamann gefragt wurde, wußte ich sofort, daß mit Dr. Hamann etwas geschehen sein mußte. Das wurde mir bestätigt, als mir ein altes Protokoll aus Berlin – das die Mitwisserschaft Hamanns an meinen Westkontakten bestätigte – vorgelegt wurde. Ich konnte nur aussagen, daß seine damaligen Angaben der Wahrheit entsprechen. Daraufhin wurde ein in etwa gleiches, aber neues Protokoll angefertigt, von dem ich übrigens nur sagen kann, daß es sehr sachlich angelegt war. Ich wurde dann von dem Offizier entlassen und machte mir natürlich allerhand Gedanken. Vor allem verstand ich nicht, warum Dr. Hamann, der meiner Erinnerung nach immer für eine parlamentarische Demokratie eingetreten war, nicht längst die Konsequenzen aus der Entwicklung in der Sowjetzone gezogen hatte und nach meiner Verhaftung geflüchtet war. Ich ahnte auch, daß neue Dinge auf mich zukommen würden.

42 Bei dem Militärgericht mit der Feldpostnummer 42289 handelte es sich um das Tribunal der Inneren Truppen des MGB in Deutschland.

43 Peter Erler: „Tjurma Nr. 6“. Das Amtsgefängnis Berlin-Lichtenberg unter sowjetischer Verwaltung (1945 bis 1953), in: ZdF 2019, Heft 44, S. 98 ff.

44 Richtig Rusajewka. Eisenbahnknotenpunkt zwischen Potma und Kuibyschew. Kurt Bährens: Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion, Bd. V/1, München 1965, S. 265.

45 Zu den Lagerpunkten in Workuta und den dazugehörigen Schachtanlagen sie z. B.: Wladislaw Hedeler/Horst Hennig (Hrsg.): Schwarze Pyramiden, rote Sklaven. Der Streik in Workuta im Sommer 1953. Eine dokumentierte Chronik. Mit einem Vorwort von Wolfgang Schuller und einem Nachwort von Karl Wilhelm Fricke, Leipzig 2007, S. 201 ff.

Tatsächlich wurde ich schon am 16. Oktober 1953, als ich zum Mittagessen gehen wollte, in eine bestimmte Dienstbaracke befohlen, von der ich wußte, daß dort sogenannte ‚Etappen‘, das heißt Verlegungen, vorbereitet wurden. Als ich die Baracke betrat, traf ich den gleichen Offizier wieder, der mich bereits vernommen hatte. Er rief mir zu: ‚Nu, Gjunter, du fahren nach Berlin ...‘ Drei Tage danach wurde ich abtransportiert und über Moskau in einem an den D-Zug von Workuta nach Moskau angehängten Gefangenewagen nach Brest gebracht, hatte hier einige Wochen Aufenthalt, und am 6. Dezember 1953 wurde ich in den berühmten Gitterzug nach Berlin, der ‚Grotewohl‘-Express⁴⁶, gesetzt. Wir waren insgesamt vier Mann und trafen am nächsten Abend in Berlin ein. Ich wurde in das Gefängnis Lichtenberg gebracht, das nunmehr in deutsche Verwaltung übergegangen war⁴⁷, und am 10. Dezember nach Hohenschönhausen überführt, wo ich schon einmal bis zum 6. März 1951 gewesen war. Auch dieses Gefängnis stand jetzt unter deutscher Verwaltung.⁴⁸

Nachmittags wurde ich erstmals vernommen, und zwar von einem deutschen Major in Gegenwart eines sowjetischen Offiziers. Ich wurde davon unterrichtet, daß Dr. Hamann als ‚Verbrecher‘ erkannt und in Haft genommen sei, und wurde aufgefordert, zu meiner früheren Aussage zu stehen.⁴⁹ Ich erklärte, daß ich nur das sagen könnte, was ich seinerzeit bereits ausgesagt hätte, und daß es mir unverständlich sei, wie Dr. Hamann bestimmte Tatbestände bestreiten könne. Ich wurde in eine ‚Zeugenzelle‘ gebracht, wo ich erträgliche Verpflegung sowie Liege- und Leseerlaubnis erhielt.⁵⁰ Sofort setzten auch wieder Vernehmungen ein, Protokolle wurden angefertigt, die sich im wesentlichen mit dem gleichen Komplex befaßten, d. h. mit den Verbindungen, die Hamann und ich nach Westdeutschland unterhalten hatten, Verbindungen, die wir im guten Glauben in dem Bestreben geknüpft hatten, einer freiheitlichen Demokratie zu dienen, ohne deshalb in rechtsstaatlichem Sinne ‚Spionage‘ oder ‚Sabotage‘ zu treiben.⁵¹

Es kam während dieser Vernehmungen dann auch zu Gegenüberstellungen. Dr. Hamann, dem offensichtlich die Haft nervlich und gesundheitlich schon schwer geschädigt hatte, stellte sich auf den Standpunkt, daß er ausschließlich im Sinne der ‚DDR‘ gewirkt und deshalb in keiner Weise mit mir unzulässige westliche Verbindungen unterhalten hätte. Mit anderen Worten: Er vertrat die hoffnungslose Auffassung, daß er unschuldig sei, eine Auffassung, die natürlich im Prinzip richtig war – denn er hatte ganz ohne Zweifel nichts Verbrecherisches getan. Doch nützte ihn diese Auffassung nichts, denn in den Kellern der sowjetischen Geheimpolizei gilt der Grundsatz: ‚Wir verhaften keinen Unschuldigen!‘ So verliefen die drei Gegenüberstellungen recht unergiebig⁵², weil

46 Der Begriff „Grothwohl-Express“ wird von ehemaligen Häftlingen eigentlich für die Gefangenentransportwagen der Deutschen Reichsbahn genutzt, die innerhalb der DDR im Einsatz waren. In der Sowjetunion war die Bezeichnung „Stolypin-Waggon“ nach dem russischen Vorsitzenden des Ministerrates und Innenminister (1906–1911) Pjotr A. Stolypin üblich. Siehe auch: Bernd Kuhlmann: Gefängnisse auf Schienen. Zellenwagen als Denkmal in Berlin-Hohenschönhausen, in: Verkehrsgeschichtliche Blätter 2006, H. 1, S. 3.

47 Das Gefängnis Nr. 6 in der Magdalenenstraße wurde am 20. September 1953 vom sowjetischen Innenministerium an das Staatssekretariat für Staatssicherheit der DDR übergeben.

48 In diesem Fall erfolgte die Übergabe vom MGB an das MfS im März 1951.

49 Karl Hamann wurde am 10. Dezember 1952 verhaftet. Er und weitere leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Handel und Versorgung wurden beschuldigt, die „planmäßige Versorgung der Bevölkerung sabotiert“ zu haben.

50 Die Zelle 70, in der Stempel untergebracht war, befand sich nach bisherigen Erkenntnissen im hinteren Teil der ersten Etage des Gefängnisses.

51 Unter anderem unternahm Stempel als Vertreter der LDP in der Westkommission des Deutschen Volksrates mehrere Reisen nach Westdeutschland, wo er verschiedene Gespräche führte.

52 Die Gegenüberstellungen fanden am 23. Dezember 1953 sowie am 19. Januar und am 2. Februar 1954 statt. Hermann Marx: Dr. Karl Hamann – Der Prozeß, in: Dr. Karl Hamann 1903–1973. Symposium

Hamann die von mir – einem langjährigem ‚Praktiker‘ im Umgang mit den Sowjets – versuchte Steuerung der Untersuchung nicht begriff, vielleicht auch nicht begreifen konnte, weil er noch nicht durch die Schule der Geheimpolizei gegangen war. Er hatte sich vermutlich von seinem natürlichen Rechtsempfinden verleiten lassen, auch gegenüber den Sowjets nur das als Unrecht anzuerkennen, was wir aus unserer bürgerlichen Rechtsauffassung heraus als Unrecht ansehen, und er konnte einfach nicht begreifen, daß für die Sowjets andere Grundsätze von Recht und Unrecht gelten. Vor allem vermochte er nicht zu begreifen, daß man ihn unschädlich gemacht hatte, nicht, weil er ein potenzieller ideologischer Gegner war, sondern weil er als Sündenbock dafür herhalten mußte, daß die Lebensmittelversorgung in der Zone zusammengebrochen war. Als damaliger Minister für Handel und Versorgung ‚mußte‘ er dafür verantwortlich gemacht werden. Das ist eine alte sowjetische Taktik, der man sich nur durch Selbstkritik und minimale Schuldgeständnisse begegnen kann.

Es wurde schließlich Mai, als ich eines Tages⁵³ ‚verkleidet‘ wurde. Es erschien morgens ein Unteroffizier der KVP⁵⁴ in meiner Zelle, ich bekam ein weißes Oberhemd und einen Schlips ausgehändigt, einen dunkelblauen Anzug, Hut, Schuhe und einen sehr guten Mantel, und wir fuhren mit dem Chef des Gefängnisses, einem Major⁵⁵, und einem weiteren SSD-Offizier zum Gebäude des Obersten Gerichts der ‚DDR‘ in Berlin N 4, Scharnhorststraße 37. Dort hatte ich ein merkwürdiges Erlebnis: Da gerade Mittagspause herrschte, mußte ich vor dem Verhandlungsraum warten. Als einzige Prozeßbeobachter kamen der damalige Präsident des Obersten Gerichts, Dr. Schumann, und der Generalstaatsanwalt Dr. Melsheimer⁵⁶ die Treppe herauf und begrüßten erst die beiden SSD-Offiziere und danach auch mich. Eine Situation, die nur im Sowjetsystem möglich ist, daß der Präsident und der Generalstaatsanwalt einem zu fünfundreißig Jahren verurteilten ‚Verbrecher‘ die Hand schütteln ...!

Die Verhandlung selbst spielte sich gänzlich anders ab, als wir es von der deutschen Strafprozeßordnung her kennen. Es war zwar ein Vorsitzender da – Vizepräsident Dr. Ziegler⁵⁷, – und zwei Beisitzer, m. W. übrigens eine Beisitzerin, es waren auch ein Staatsanwalt und ein Protokollführer da. Angeklagte waren Dr. Hamann, sein damaliger Staatssekretär Paul Baender⁵⁸, sowie zwei andere Herren⁵⁹, deren Namen mir nicht mehr erinnerlich sind. Auf eine entsprechende Frage vor der Verhandlung sagte mir mein mich begleitender Major, Hamann sei so intelligent, daß er keinen Verteidiger benötige.⁶⁰

zum Leben und Wirken am 5. März 1993 aus Anlaß seines 90. Geburtstages in Potsdam. (Hrsg.) Karl-Hamann-Stiftung für liberale Politik im Land Brandenburg, o. O. 1993, S. 43.

53 21. Mai 1954. Kowalczuk: Opfer der eigenen Politik, S. 21.

54 Richtig MfS.

55 Leiter des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Hohenschönhausen war Major Hans Bialas.

56 Das NDPD-Mitglied Kurt Schumann agierte vom Dezember 1949 bis 1960 als Präsident des Obersten Gerichts. Im gleichen Zeitraum wirkte Dr. jur. Ernst Melsheimer als Generalstaatsanwalt der DDR.

57 Walter Ziegler übte das Amt des kommissarischen Vizepräsidenten und des Vorsitzenden des 1. Strafsenats des Obersten Gerichts aus.

58 Staatssekretär Paul Baender (SED) stand zusätzlich im Zusammenhang mit der Affäre um Noel Field unter Spionageverdacht und wurde noch vor Karl Hamann am 21. November 1952 verhaftet. Siehe ausführlich: Wolfgang Kießling: Der Fall Baender. Ein Politkrimi aus den 50er Jahren der DDR, Berlin 1991, S. 98.

59 Neben Hamann und Baender waren die Mitarbeiter des Ministeriums für Handel und Versorgung Dr. Herbert Löffler (Hauptreferent), Harald Schaumburg (stellvertretender Hauptabteilungsleiter), Dr. Gerhard Last (Abteilungsleiter) und Walter Werner (Oberreferent) angeklagt.

60 Offensichtlich hatten alle Beschuldigten auf einen Rechtsbeistand verzichtet. Hamann soll noch geäußert haben: „Ich werde mich selbst verteidigen.“ Kowalczuk: Opfer der eigenen Politik, S. 21.

Meine Vernehmung vollzog sich relativ schnell. Ich wurde nach meinem Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Geburtsort gefragt, während die Wohnungsangabe nicht ‚erforderlich‘ erschien. Die sachlichen Fragen bezüglich Dr. Hamann entsprachen genau denen, die bereits in meinen Vernehmungen gestellt worden waren. Hamann bestritt wiederum jede Schuld, und meine Darstellung. Er wirkte stark mitgenommen und völlig zerfahren. Offensichtlich konnte er der Verhandlung nicht folgen. Nach meiner Vernehmung wurde ich wieder ins Gefängnis zurückgebracht, nachdem man mir ‚zur Belohnung‘ noch die damalige Stalinallee gezeigt hatte.



BSIU-Kopie

Volleyballplatz gegenüber dem Lager X, an dessen Anlage G. Stempel wahrscheinlich beteiligt war. Aufnahme 1960er Jahre; Quelle: MfS-HA-IX-Fo-1715-Bild-0023



Günther Stempel 1946; Quelle: Bundesarchiv_Bild183-S74834,

Zeitpunkt wurden wir nach Inta gebracht, einem etwa 250 km südlich von Workuta gelegenen Bergbauggebiet⁶², wo man uns erneut zur Arbeit zwingen wollte. Wir lehnten

Ich blieb bis Juli 1954 in Zeughaft, durfte jedoch – und das war für mich sehr wertvoll – an Außenarbeiten teilnehmen, und zwar in der sogenannten größeren Zone, wo wir einen Sportplatz für die Vernehmungsoffiziere anlegten. Ich hatte auf dieser Weise Gelegenheit, mit Haftkameraden zusammenzukommen, die im Haftarbeitslager Hohenschönhausen neben dem Gefängnis untergebracht waren.⁶¹

Am 3. August 1954 wurde ich wieder in die Sowjetunion zurücktransportiert. Ich wurde, diesmal als einziger in dem Gitterwagen, begleitet von zwei Offizieren und sechs Unteroffizieren über Brest nach Moskau gebracht, kam aus Versehen noch einmal nach Brest zurück und danach wieder nach Moskau, bis ich Ende August per Schnellzug im Gitterwagen von Moskau nach Workuta zurückkam. Diesmal kam ich in Workuta auf den Hauptschacht 1, wo ich bis Januar 1955 verblieb. Zu diesem

61 Siehe z. B.: Peter Erler: „Lager X“. Das Haftarbeitslager des MfS in Berlin-Hohenschönhausen, in: Horch und Guck 1997, Heft 20, S. 33–42.

62 In der Stadt Inta in der autonomen Republik Komi befand sich von Februar 1948 bis März 1957 die Verwaltungszentrale des Sonderlagers Nr. 1, intern auch als Minerallager (MinLag) bezeichnet. Stempel kam am 6. Januar 1955 in den Lagerpunkt 388/14. Bährens: Deutsche in Straflagern, Bd. V/2, S. 125.

das durch Streik und Nahrungsverweigerung ab, wofür wir zunächst ins Gefängnis gesperrt wurden und nach weiterer Arbeitsverweigerung in das Straflager Inta⁶³ kamen. Im Februar 1955⁶⁴ wurden wir nach Mittelrußland in die Gegend von Gorki, nach Suchobeswodnoje⁶⁵, überführt. Hier verblieben wir bis Oktober 1955, das heißt, bis nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau die Amnestie für uns ausgesprochen wurde. Obwohl uns allen, das heißt, dem gesamten Lagerbestand, versichert worden war, daß wir amnestiert seien und entlassen würden, wurde am 4. Oktober ein Kontingent von 44 Mann herausgegriffen⁶⁶, das unter dem Vorwand, einem Heimtransport in Sibirien angeschlossen zu werden, im Fernostexpress nach Swerdlowsk gefahren wurde. Zu diesem Kontingent gehörte auch ich. In Swerdlowsk kamen wir erneut in ein Lager mit der Begründung, der Transport sei bereits ‚abgefahren‘!

Nach vorübergehendem Aufenthalt in dem Lager Pierwe-Uralsk⁶⁷ ging es am 7. oder 8. Dezember 1955 in eisiger Kälte per Lastwagen in das Lager Rewda⁶⁸, von dem wir wußten, daß sich dort Häftlinge aufhielten, die nicht unter die Amnestie fielen. Über Kasan, Moskau, Brest wurden wir dann in einem Gefangenentransport nach Frankfurt/Oder überführt, wo wir am 17. Dezember 1955 eintrafen. Hier wurden wir von der Volkspolizei und vom Staatssicherheitsdienst in einer Form empfangen, die einmalig war, was die Sicherheitsmaßnahmen anbelangte. Es war so, als hätte man eine Invasion von Mördern und Schwerstverbrechern erwartet! Wir wurden sofort nach Bautzen verbracht und hier in das Zuchthaus eingeliefert. Die Bahnlinie war durch Posten von Frankfurt bis Bautzen gesichert – ein Flugzeug kreiste dauernd über den Transportzug! Wie wir später erfuhren, war den Wachmannschaften in Bautzen gesagt worden, daß wir alle Mörder seien, die nicht amnestiert werden konnten. Dementsprechend wurden wir von den Posten behandelt.⁶⁹ Wir kamen in ein besonderes Haus – Haus 2 – und blieben hier von den übrigen Häftlingen streng abgesondert, bis wir Ende Januar 1956 in das Hauptgebäude verlegt wurden.⁷⁰

Am 12. April 1956 wurde der größte Teil unseres Transports entlassen. Ein weiteres Kontingent, zu dem auch ich gehörte, kam am 28. April 1956 frei.⁷¹ Ein Rest ist leider noch heute in Haft, zu dem Zeitpunkt also, da dieser Bericht niedergeschrieben wird, und zwar leben diese Unglücklichen derzeit in dem Zuchthaus Brandenburg.⁷² Nach

63 Lagerpunkt 388/10. Ebd.

64 Wahrscheinlich am 21. Februar 1955, ebd., S. 132.

65 Das Lager mit der Auslandspostfachnummer 5110/55 in der Nähe der Eisenbahnstation Suchobeswodnoje gehörte zum Straflagerbezirks UnshLag und fungierte 1955 als Repatriierungslager. Bährens, *Deutsche in Straflagern*, Bd. V/1, S. 305 ff.; Siehe auch: Andrea Huterer (Hrsg.): *Sobirai weschtschi! Pack deine Sachen! Jugendjahre im Gulag. Erinnerungen von Bodo Platt*, Berlin 2006, S. 57 ff.

66 Nach anderen Angaben gehörten zu diesem Transport 53 Zivil- und 2 Kriegsgefangene. Ute Schmidt: *Spätheimkehrer oder „Schwerstkriegsverbrecher“? Die Gruppe der 749 „Nichtamnestierten“*, in: Andreas Hilger/Ute Schmidt/Günther Wagenlehner (Hrsg.): *Sowjetische Militärtribunale, Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953*, Köln/Weimar/Berlin 2001, S. 286.

67 In Perwouralsk im Gebiet Swerdlowsk befand sich das Sonderlager Nr. 476 für verurteilte „Kriegsverbrecher“. <https://el.ar.ufr.ru/bitstream/10995/43135/1/motrevich-osk-1-1993.pdf>.

68 Der Transport in das benachbarte Entlassungslager Rewda (5110/24) fand am 8. Dezember 1955 statt. Am Abend des darauffolgenden Tages fuhr der Zug mit 272 nichtamnestierten Gefangenen, darunter auch mehrere wie Stempel, deren angegebener Entlassungsort in Westdeutschland oder Berlin-West lag, in Richtung DDR ab. Schmidt: *Spätheimkehrer*, S. 286/287.

69 Ebd., S. 290 ff.

70 Grund der Verlegung war der Versuch des Gefangenen Heinz B., einen Hungerstreik zu organisieren. Ebd., S. 295.

71 Die Freilassung von insgesamt 242 Häftlingen aus Bautzen beschloss das Politbüro des ZK der SED Anfang April 1956, ebd., S. 300/301.

72 Nach November 1956 wurden sechzehn „Nichtamnestierte“ nach Brandenburg und zwei nach Waldheim verlegt. Ebd., S. 304/305.

meiner Haftentlassung war ich natürlich auch an dem weiteren Schicksal von Dr. Hamann interessiert. Als der seinerzeitige Vorsitzende der FDP, Dr. Thomas Dehler, im Frühherbst 1956 nach einer Reise durch die Zone einen Appell an das Zonenregime richtete, Hamann erneut vor Gericht zu stellen und ihm, Dr. Dehler, zu gestatten, die Verteidigung zu übernehmen, setzte ich mich sofort mit Dr. Dehler in Verbindung. Wir trafen uns anlässlich der Sitzung des Bundestages in Berlin im Oktober 1956 in dem Gebäude der Technischen Universität⁷³, und ich informierte ihn über die ‚verbrecherische Tätigkeit‘ Dr. Hamanns. Bei dieser Gelegenheit traf ich einen früheren Mitarbeiter aus der LDP, der zu dieser Zeit in Ostberlin als Journalist tätig war und der Dr. Dehler zu einer Veranstaltung im Ostsektor gewinnen wollte. Dieser interessierte sich sehr für mein Gespräch mit Dr. Dehler, und ich erläuterte ihm, um was es sich handelte und daß ich alles tun würde, um Dr. Hamann – der unschuldig sei – freizubekommen. Ich wußte, daß dieser Mann sehr gute Verbindungen zum SSD besaß und daß der Inhalt meiner Unterredung mit Dr. Dehler also schon am Abend des gleichen Tages den zuständigen Stellen des Zonenregimes bekannt sein würde. Der Erfolg blieb nicht aus: Nach wenigen Tagen teilte das sowjetzonale Justizministerium Dr. Dehler mit, sein Angebot erübrige sich, da Dr. Hamann inzwischen aus der Haft entlassen sei.⁷⁴ Seit 1957 lebt er in der Bundesrepublik.⁷⁵

73 Die 163. Sitzung fand im Rahmen der Zweiten Berliner Arbeitswoche des Deutschen Bundestages am 10. Oktober 1956 im Großen Hörsaal der TU statt. Berlin. Chronik der Jahre 1955–1956. Hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, Berlin 1971, S. 605.

74 Den von Stempel hier geschilderten kausalen Zusammenhang hat es in dieser Form nicht gegeben. Die Freilassung Hamanns am 12. Oktober 1956 wurde von einer Kommission des Zentralkomitees der SED bereits am 14. Juni 1956 beschlossen. Auf den Entlassungszeitpunkt hatte möglicherweise das von T. Dehler vor dem 8. Oktober abgefasste Gnadengesuch Einfluss. Zur Entlassung werden vorgeschlagen ... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente. Mit einem Vorwort von Josef Gabert, Berlin 1991, S. 85; Marx: Dr. Karl Hamann, S. 50; Kowalczuk: Opfer der eigenen Politik, S. 26.

75 Hamann floh am 27. Mai 1957 aus Leipzig nach Berlin-West. Ebd., S. 30.